

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Verkaufsstelle: Halle a. S., G. W. Strauchstr. 17.
Preis: 600. Sprechanne täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Vertrieb: 5407. Postfachkonto Berlin Nr. 11092

Nr. 133 Preis: Durch Austräger zugestellt monatlich 600 Mk., einschließlich Postgebühren. Für Abnehmer 550 Mk. Durch Vorlegung im Unterbezirk 15,- monatlich 600 Mk. einschließlich Postgebühren. Halle, Freitag, den 10. Juni 1921 Preis: Im adrezipiert. Abgenommen kostet das Exemplar 250 Pfg., bezahlende Bestellungen im Voraus gegen Nachnahme 250 Pfg. Ausgabe morgens 9 Uhr. 5. Jahrgang

Kein Ende der oberschlesischen Wirren.

Arbeiter im Aufsichtsrat. — Die Frauen als Richter. — Die Ausschreitungen bei der Schulpf. Kommuniktische Niedertracht.

London, 10. Juni. Der Vorschlag auf Errichtung einer neutralen Zone in Oberschlesien wurde als undurchführbar aufgegeben. Ein englischer Militärangehöriger wurde bei Gletwick aufgehalten und erst nach Korfantos Erlaubnis freigegeben. Die Erbitterung in England über solches Verhalten steigt.

Im Unterhause fragte Oberst Wedgewood, ob irgendwelche Vorbereitungen für eine Konferenz, die über das Schicksal der oberschlesischen Bezirke fassen solle, getroffen worden seien, und ob britische Truppen gebraucht würden, um die neu zu organisierenden Streitkräfte zu kontrollieren, während französische Truppen ihre übliche Rolle in Oberschlesien unter Kontrolle der polnischen Insurgenten weiter behalten. — Chamberlain erklärte, die britische Regierung sei bereit zu einer baldigen Konferenz. Es seien jedoch noch keine Entscheidungen darüber getroffen worden, da andere Teilnehmer an der Konferenz dafür noch nicht bereit seien. Zumindest den britischen Truppen und dem deutschen Selbstschutz sei es keine Rolle im Konflikt gekommen. Die zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes durch die alliierten Truppen notwendigen Maßnahmen werden augenblicklich ergriffen. Chamberlain teilte dann mit, daß über die Frage einer englisch-französischen Allianz ohne Beteiligung Amerikas nicht beraten werde. Wenn ein solcher Fall sich ergeben sollte, würde das Parlament bestimmt gehandelt werden.

Katibor unter Artilleriefeuer.

Katibor, 9. Juni. (WZB.) Der Magistrat der Stadt Katibor, worin es fordert, daß der bauernde Bevölkerung Katibors durch die Gefährdung der polnischen Insurgenten sofort Einhalt geboten werde. In der gestrigen Sitzung des Zinweis-Komitees wurde über Katibor verhandelt nach dem Zinweis des Vorsitzenden, Herr K. Ullrich, Generalleutnant Höber und der amtierende Oberst Salvoletti, bei der Interalliierten Kommission vorstellig zu werden, daß der rücksichtslossten Treiben der polnischen Insurgenten entschieden entgegengetreten werde. Wie der italienische Kreisinspektoren, Major Inorea, mitteilt, hat Oberleutnant Maglio, der Kommandant der italienischen Truppen Katibors, den Insurgenten durch Parlamentäre mitgeteilt, daß, falls die Stadt Katibor weiterhin von polnischer Artillerie beschossen werde, die italienische Artillerie die polnischen Stellungen in Gohoschitz, Luban, Giran und anderen Orten vor Katibor ebenfalls unter Feuer nehme. Die Insurgenten gaben darauf das Versprechen, Katibor nicht mehr mit Artillerie zu beschleßen.

Antizipierter Bericht über Oberschlesien.

Dynpala, 9. Juni. (WZB.) Antizipiert wird gemeldet: Der Kreis Ratibor ist von den polnischen Banden zum Teil geräumt worden. Die Ortschaften Gohoschitz, Stronsau, Gohoschitz, Schönmach, Bischofsdorf, Droisau und Jastrzawitz sind frei von Insurgenten. Bei Zembowitz wurden durch polnische Angriffe gestern Kämpfe hervorgerufen, die auch heute noch andauern. Amalienhof, Reudorf und Brustau wurden durch polnische Artillerie beschossen. Im Kreis Ratibor wird Niebana von polnischer Artillerie beschossen. Ein von Ludasino vorziehender polnischer Panzerzug konnte außer Gefecht gesetzt werden.

Eine neue englische Note an Frankreich.

Paris, 9. Juni. (L.-U.) In Paris ist gestern eine neue englische Note eingelaufen. Sie gibt den Inhalt des Berichtes bekannt, den der neue englische Delegierte in Oberschlesien, Sir Harold Stuart, seiner Regierung unterbreitet hat, und seine Vorschläge, die Ordnung wiederherzustellen.

Wie die Abklärung in Frankreich aussieht.

Paris, 9. Juni. Die französische Kammer begann heute die Generaldebatte über das Schiffsbauprogramm. Nach vielen Verhandlungen in der Marinekommission haben sich die vereinigten Marine- und Landheereseinrichtungen einig, vom Parlament Kredite zum Bau von fünf Panzerkreuzern, Top Normandie, drei leichten Kreuzern, sechs Torpedobooten, zwölf Torpedoschiffen und zwölf Unterseebooten zu verlangen, außerdem einen Kredit für die Umwandlung eines Panzerkreuzers Berne in ein Flugzeug-Mutterkreuzer.

Die nächste Tagung des Völkerbundesrates.

Paris, 9. Juni. (WZB.) Wie der „Temps“ mitteilt, wird die nächste Sitzung des Völkerbundesrates am 17. Juni in Genf eröffnet werden. Auf der Tagesordnung, die außerordentlich umfangreich ist, seien folgende Punkte hervorzuheben: Die deutschen Proteste gegen die Anwesenheit

französischer Truppen und die Anwendung der französischen Militärgerichtsbarkeit im Ruhrgebiet, gegen die Ausweisung von Einwohnern aus dem Ruhrgebiet und gegen die Gehaltszahlung in französischem Gelde für gewisse Beamte. Ueber diese Fragen soll der sinesische Delegierte berichten. Der japanische Delegierte wird über Angelegenheiten des Freistaates Danzig, dessen Verfallung, den Danziger Waffenhandel, die Verteidigung des Freistaates usw. berichten. Ferner soll der belgische Delegierte über die Streitigkeiten zwischen Polen und Litauen, das heißt über die Wilnaer Frage, Bericht erstatten. Auf der Tagesordnung steht auch ein Erwidern der albanischen Regierung um das Einsetzen des Völkerbundes gegen die Beilegung albanischer Gebiets durch Griechenland und Südtirolen.

Die österreichische Kabinettskrise.

Wien, 9. Juni. (U.) Die bisherigen Verhandlungen der christlichen Volkspartei mit den Großdeutschen und den Deutschen Bauern bezüglich der Lösung der Kabinettskrise haben zu keinem Resultat geführt. Heute wird der Christlich-sozialen Partei zu Ende gehen, dessen wichtigste Entscheidung die Wahl eines neuen Ömanens sein wird. Der bisherige Ömann Kunschak dürfte nicht mehr wiedergewählt werden. Auf dem Parteitag richtete Kunschak einen Angriff gegen die bisherige Regierung, welche es an der notwendigen Autorität habe fehlen lassen. Bundeskanzler Raab gab zu, daß die Regierung sehr schwach gewesen sei, weil sie nicht über die Majorität im Nationalrat verfüge, daß die Regierung jedoch ihr ganzes Vertrauen darauf setzte, mit Hilfe des Auslandes Österreich wieder aufzubauen.

Zusammenbruch des Bolschewismus in Rußland?

Wien, 9. Juni. Der bekannte Bolschewistenführer Karl Radek, einer der besten Berater Lenins und Trozkis, veröffentlicht in dem tiefsten kommunistischen Organ fürstürzende Eingeständnisse und Enthüllungen über das bolschewistische Rußland und kündigt den Zusammenbruch des bolschewistischen Systems in Rußland an.

Keine Beschlagnahme deutschen Eigentums in Süditalien.

Berlin, 9. Juni. Der Regierungsbeigeordnete der italienischen Union vom 29. April d. J. enthält folgende von dem dortigen Finanzminister ausgehende Bekanntmachung vom 22. April 1921. Es wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die Regierung der Union nicht beabsichtigt, ihr auf § 18 des Anhangs II zu Teil VIII des Friedensvertrages beruhendes Recht der Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger in der Union auszuüben, falls Deutschland vorläufig seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkommt.

Ungeheuerliche Steuerpläne.

Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ aus parlamentarischen Kreisen erzählt, soll die Reichsregierung die Erhöhung der Zuckersteuer auf 100 Mark, die Erhöhung der Branntweinsteuer von 800 auf 1000 Mark und eine Erhöhung der Biersteuer beabsichtigen. Die Tabaksteuer soll verdoppelt werden. Die Kohlensteuer soll zu weit erhöht werden, daß sich die Hälfte dem Weltmarkt nähert. Die Umkehrsteuer soll um das Dreifache erhöht werden. Wie das Blatt weiter erfahren haben will, wollen die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu diesen Steuerentwürfen davon abhängig machen, daß das Reichsnotopfer um das Doppelte erhöht wird.

Wir möchten dazu bemerken, daß diese veröffentlichten Steuerpläne eher Bündnisse der Kapitalisten entzünden werden als den Absichten der jetzigen Reichsregierung. Für die Vertreter unserer Partei wäre wohl eher die Verdrängung der Besitzverhältnisse als die Verdrängung der Umkehrsteuer in Frage. Doch muß sich das wertvolle Volk darüber klar sein, daß um die Abwägung der Lasten, die uns das Ultimatum auferlegt, die härtesten parlamentarischen und wirtschaftlichen Kämpfe geführt werden müssen, bei denen es weniger darauf ankommt, Wagnisse zu beschreiben, sondern lieber den Versuch anzuwenden.

Der Streik im Waldenburger Bergrevier.

Berlin, 9. Juni. (L.-U.) Die Lage im Waldenburger Bergrevier stellt sich nach den hier eingetroffenen Nachrichten heute etwas günstiger dar. Die Bergarbeiter sind heute morgen ungefähr in Stärke von zwei Drittel der Arbeiterzahl eingetroffen. Die alte Streikleitung hatte ein Flugblatt vorbereitet, das die Arbeiterzahl aufforderte, die Arbeit bis zum 9. Juni wieder aufzunehmen. In der Nacht drangen Kommunisten in die Räume der Schließlichen Bergwacht ein, und es gelang ihnen, einen großen Teil der dort hergestellten Auflage dieses Flugblattes zu vernichten. Infolgedessen konnte der Aufruf der alten Streikleitung heute nur an den Anschlagplätzen veröffentlicht werden.

2000 Jahre.

S. K. Von den Sondergerichten in Mitteldeutschland und anderen Bezirken sind im Zusammenhang mit dem Osterputsch der Kommunisten neben die Todesurteile und acht Urteilen auf lebenslanges Zuchthaus bisher Strafen in Höhe von mehr als 2000 Jahren Zuchthaus und Gefängnis verhängt worden. Der Osterputsch war eine reine Wahnsinnsthat. Die von Moskau befohlene und vom Vorstand der R. K. P. D. inszenierte Aktion war begleitet von wüsten Ausschreitungen des Lumpenproletariats, Entressungen, Plünderungen und Zerstörungen großen Stils. Aber trotzdem bleiben die ausgeworfenen Strafen unangelegentlich. Es ist vollkommen richtig, daß fortwährende Umnebeln der Tod der Rechtsprechung sind. Wenn fortwährend verurteilt und unmittelbar darauf wieder begnadigt wird, verliert die Strafe ihren Ernst und jede Wirkung, genaugenommen muß bestraft werden, daß schon beim Osterputsch eine allgemeine Amnestie unermesslich wurde, weil die deutschen Gerichte in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung nur Arbeiter bestrafen die in der Abwehr gegen Kapp zu weit gegangen waren, dagegen keinen einzigen Kappisten zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen verstanden. So macht auch die in vielen Fällen übertriebene Rücksicht gegenüber dem Osterputsch weitgehenden Straferlaß notwendig.

Auf den Kommunisten ruht die furchtbare Schuld, die Opfer dieser Revolte in ihr Unglück geführt zu haben. Die Kommunisten tun auch jetzt nicht das geringste, um das Schicksal dieser armen Verführten zu erleichtern. Denn daß Herr Heinrich Brandler, der Vorsitzende der R. K. P. D., vor Gericht jede Unschuldigkeit und jede Gewalttätigkeit der Kommunisten abgelehnt hat, kam lediglich ihm, nicht aber den Arbeitern zugute, welche der parole der R. K. P. D. zum befohlenen Aufruf gefolgt sind. Als jüngst im Rechtsausgang des Preussischen Landtages die Sozialdemokraten sich dafür einsetzten, die Ausnahmejustiz ganz wesentlich einzuschränken, lehten die Kommunisten diesen Antrag als verstoßend gegen die Verfassung ab. In der Debatte im preussischen Rechtsausgang erklärte der kommunistische Abgeordnete Dr. Herzfeld wenige Tage später im Namen seiner Partei bringend darum gehen, diese Anträge anzunehmen, und sie sind denn auch einstimmig und ohne Debatte über den Reichstag beschlossen worden. In der Debatte im preussischen Rechtsausgang erklärte der kommunistische Abgeordnete Kapp sehr von oben herab, die bürgerlichen und menschenwürdigen Politiker brachten sich um die Opfer der Ausnahmejustiz nicht zu sorgen, die R. K. P. D. werde sie in kurzer Zeit aus den Zuchthäusern befreien und die politischen Feinde des Bolschewismus hinterlassen. Gemeint sind damit wohl die bürgerlichen Politiker; denn die sozialistischen Politiker würden gleich nach der Errichtung einer Räterepublik gehängt werden. Wenigstens hat in einer der jüngsten Landtagsdebatten ein kommunistischer Abgeordneter den Unabhängigen zugehört, sie fämen bei einem Sieg der Kommunisten zuerst an den Galgen; die Wehrheitssozialisten wären dann wohl die Nächsten. Die armen Verführten und jetzt schwer bestrafte Arbeiter haben von diesen kommunistischen Drohungen freilich keinen Nutzen. Ihr Glück ist es, daß die Sozialdemokraten die Ausnahmejustiz nicht nur die bürgerlichen Führer des Aufrufes und die, welche während des Aufstandes gemeine Verbrechen begangen haben, ihre Strafe verbüßen sollen, daß aber alle anderen zu benachteiligt sind. Die R. K. P. D. bringt die Arbeiter ins Unglück, und die Sozialdemokratie hilft ihnen nach Möglichkeit.

Aber die Begnadigung schafft nicht aus der Welt, daß die Richter auch in vielen Aufrührerprozessen weit über das Ziel geschossen sind. Zahllose deutsche Richter fühlen sich leider eben mehr als Kampfpartei gegen die revolutionären Arbeiter denn als Vertreter einer objektiven Justiz. Dafür werden gerade jetzt im preussischen Landtag wieder zahlreiche Beispiele erörtert. Eine ganze Anzahl Landtagsmitglieder sind vom Staatsanwalt in öffentlichen Interesse wegen Beleidigung belangt worden, weil sie dem Gutsbesitzer irgendein Schimpfwort zugehört haben. Ein Gutsbesitzer, der das gleiche Schimpfwort einem Gemeindefunktionären zuzurief, wurde freigesprochen, weil im ländlichen Leben derbe Worte herkömmlich seien. In einer demokratischen Versammlung in Kauenburg verdräteten die deutschen Nationalen Flugblätter mit schweren Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie. Ein Sozialdemokratischer Lehrer nannte die Besatzungen dieses Flugblattes Rigen und teilte beiläufig in seiner Rede der Versammlung mit, daß ein Dompfbooter auf dem Staatsanwaltschaft in öffentlichem Interesse wegen Beleidigung des Geisteslichen belangt und verurteilt. In Königsberg in der Neumarkt hielt im Mai 1920 der deutsche Nationalen Pastor Koch eine seiner wüsten Reden, in der er die Minister Gildbrecht, Lumpen, Schufte und Verbrecher nannte und erklärte, nach den jetzt beschlossenen Gesetzen brauche sich kein Deutscher zu rüden. Darüber entstand Lärm, und der deutsche Nationalen Besatzungsleiter, forderte den Führer der Sozialdemokratie am Orte auf, Ruhe zu schaffen. Dieser verlor es; da Pastor Koch ihn aber nicht werden ließ, haben fortwährend brüllte, er solle sich von Verbrechern nicht unterbreiten, daß der Sozialdemokrat es schließlich auf und lagte nur aufgehend: „Wenn der Herr Pastor so best, dann kann ich eben nicht weiterreden.“ Es wurde An-

klage erhoben wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gehele, nicht etwa gegen den Kaiser, sondern gegen den Sozialdemokraten, und dieser ist in zwei Instanzen verurteilt worden.

Eine solche Zustimmung wird sich das Vertrauen der Arbeiter niemals erwerben können, und der allgemeine Lebenscharakter der preussisch-deutschen Rechtsprechung in politischen Prozessen macht die 2000 Jahre, die wegen des Unfalls in Westdeutschland verhängt worden sind, um so unerträglich.

Arbeiter im Aufsichtsrat.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich am Mittwoch auch mit dem Gehele über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Aufhäuser (Arbeitnehmer) berichtet: Der Sozialpolitische Ausschuss war sich einig, daß der grundlegende § 70 des Betriebsratsgesetzes alle Klarheit vermissen läßt. Die Arbeitergehele meinen, daß die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsräte nur soziale Arbeitnehmerinteressen zu vertreten hätten, während die Arbeitnehmer glauben, daß sie die gesamten unternehmerischen Interessen wahrzunehmen haben. Schließlich ist im Ausschuss ein Kompromiß zustande gekommen, das seinen Teil voll befriedigt. Die Mehrheit hat die Betriebsräte rechtlich gleichgestellt, weil die Beschränkung einzelner Aufsichtsratsmitglieder praktisch undurchführbar ist und die Betriebsräte nach § 70 das Recht der Teilnahme an allen Aufsichtsratsversammlungen haben. Dagegen, daß das Gehele durch Erziehung des Ausdrucks „Betriebsrat“ durch eine andere Bezeichnung umgangen wird, hat der Ausschuss die Sicherung beschlossen, das ohne Rücksicht auf die Beschränkung als Aufsichtsrat jedes zur Überwachung der Geschäftsführung gebildete Organ gelten soll. Nach § 3 finden sich die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder der gesetzlichen Bestimmungen Anwendung, welche für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder gelten. Abgelehnt wurde der Antrag, die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat von der Hauptpflicht zu befreien. Weiter sollen die Genossenschaften in Bezug auf das Recht der Angestellten zur Überwachung des Betriebes den Privatbetriebern gleichgestellt werden.

Geheimrat Dr. Schwarz: Wir Arbeitgeber beantragen, den Zusatz zu § 1 zu streichen. Auch im übrigen wollen wir an der ursprünglichen Fassung festhalten.

Urban (Vorstand des Angestelltenverbandes): Die Ausschussbeschlüsse stellen ein Kompromiß dar, deshalb sind wir erfreut, daß die Arbeit nicht nach dem Handelsrecht durch die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder eingeleitet werden. Wir empfehlen ihnen, ihre Anträge zurückzuziehen, dann verzichten wir auch auf die unteren.

Ein Vertreter des Reichsarbeitsministers erklärt, die Gleichberechtigung der Betriebsratsmitglieder mit den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern sei bei dem Betriebsratsgesetz von vornherein geplant gewesen. § 70 sei allerdings nicht einwandfrei, hierin solle jetzt Wandel geschaffen werden.

Regierungsrat Dr. Thießen (Sonditus des Deutschen Gewerkschaftsbundes) bekämpft die Anträge der Arbeitgeber, weil sie das ganze Kompromiß gefährden.

Geheimrat Dr. Kemper (von der Regierung ernannt): Der Aufsichtsrat soll sich nicht nur nach dem Handelsrecht, sondern auch nach dem Arbeiterrecht verhalten, sondern hat das Recht, sich auch um Arbeitnehmerangelegenheiten zu kümmern. Wenn die Arbeitnehmer mit dem Kompromiß zufrieden sind, müssen es die Arbeitgeber auch sein.

Am Donnerstag wurde die Debatte fortgesetzt.

Aufhäuser (Arbeitnehmervertreter der Industrie): Folgender Wert legen wir auf die Annahme des Abf. 2 in § 1 des Gesetzes, der folgenden Wortlaut haben soll: Ohne Rücksicht auf die Beschränkung gilt im übrigen als Aufsichtsrat im Sinne dieses Gesetzes jedes bei einem solchen Unternehmen aus mehreren Personen gebildete Organ, welches nach Gehele oder Schenkungen die Aufgabe hat, das zur Geschäftsführung bestellte Organ hierbei zu überwachen. Diese Mindestbeschränkung ist für uns unentbehrlich, angesichts des Bestehens der großen Unternehmungen, den Schwerpunkt des Aufsichtsrats in die Verwaltung zu verlegen. — Geheimrat

Dr. Schwarz (Arbeitgebervertreter der Banken): Wir müssen unter allen Umständen vermeiden, besondere, neu zu bildende Organe unter dem Begriff des Aufsichtsrats zu bringen. Wir beantragen daher die Streichung des Abf. 2. — Dr. Thießen (Arbeitnehmervertreter des Handels): Wir wollen unbedingt gegen alle sabotierende Maßnahmen, die sich bei der Ausführung des Gesetzes einstellen können, geschützt sein. — Urban: In § 2 handelt es sich nicht um besondere Organe, die neben dem Aufsichtsrat bestehen sollen, sondern nur um Sicherungseinrichtungen gegen eine Umgehung des Gesetzes.

Damit schließt die Aussprache. — Es folgt die Abstimmung: Der Antrag v. Braun auf Streichung des Abf. 2 § 1 wird mit 101 Stimmen gegen 90 abgelehnt. — Eine Debatte entspringt sich bei den folgenden Paragraphen, die die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat im Einklang mit § 70 des B. R. G. regeln will. § 70 des B. R. G. bestimmt die Zulässigkeit und einzelnen Rechte der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat. Ein Antrag von Braun wünscht für das Aufsichtsratsgesetz eine Fassung, die diesem § 70 entspricht.

Aufhäuser: Der Reichswirtschaftsrat darf sich nicht nach dem Antrage v. Braun darauf beschränken, abzugeben, sondern muß eigene Vorschläge machen. — Prof. Franke (von der Reichsregierung ernannt): Ich richte einen dringenden Appell an die Arbeitgeber, von ihrer kurzfristigen Politik der Einschränkung der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat Abstand zu nehmen. Das ist die Aufsichtsratsgroße Unternehmen Juristen, Prinzen, Admirale und ähnliche hochgestellte Persönlichkeiten gewährt werden, beweist doch, daß bei der Auswahl der Aufsichtsrats die wirtschaftlichen Kenntnisse nicht entscheidend sind. (Dehnlache Zustimmung bei den Arbeitnehmern.) Die schweren Vertrauensverhältnisse bei einzelnen Untergeschichten sind nicht von Betriebsratsmitgliedern her zu erklären. (Hört, hört!) Sie werden die Arbeitnehmer nicht rufen, bis sie die ihnen orenthaltene Gleichberechtigung errungen haben; mit der Annahme des Antrages v. Braun ist die Sache nicht erledigt. (Sehr richtig!) — Nach weiteren Ausführungen verliedert der Redner nicht die Abteilung 1 (Arbeitgeber) ihre Anträge zurück, worauf der Präsident Cohen namens der Arbeitnehmer das gleiche tut und die Annahme des § 3 in der Regierungsvassung feststellt.

Über den Gehelewurf zur Veränderung des Gesetzes über das Brandweinmonopol erliefert für einen Sonderauschuß Bericht Kommerzienrat Untucht (Arbeitgebervertreter der Industrie).

Dann folgt der mündliche Bericht des Ausschusses für Siedlungs- und Wohnungswesen. Nach einer Aussprache werden sämtliche dazu gestellten Anträge abgelehnt.

Es folgt der Bericht des Ausschusses betr. Abänderung des Reichsrechts in § 1 des B. R. G. und der Bericht des Ausschusses zur Herabminderung anderer wirtschaftlichen Kräfte, in dem beantragt wird, zum Zweck der wirtschaftlichen Fortbildung der werktätigen Kräfte ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Erhöhung der Versicherungsgrenze für Angestellte.

Am Donnerstag nahm der Reichstag ohne weitere Erörterung den Gehelewurf über die Erhöhung der Versicherungsgrenze für Angestellte an, der in den Ausschussberatungen nur unwesentliche Änderungen erfahren hat. Nach dem Entwurf wird die Versicherungsgrenze von 15.000 auf 28.000 Mark erhöht. Im ganzen werden neun Sozialklassen gebildet. Die erste reißt bei 1.500 Mk., die zweite bei 3.000 Mk., die dritte bei 4.000 Mk., die vierte bei 5.000 Mk., die fünfte bei 6.000 Mk., die sechste bei 8.000 Mk., die siebente bei 10.000 Mk., die achte bei 15.000 Mk., die neunste bei 28.000 Mk. Gehalt. An Beiträgen werden, bis auf weiteres, erhoben: in der ersten Klasse 15,60 Mk., in der zweiten 24,60 Mk., in der dritten 30,60 Mk., in der vierten 37,60 Mk., in der fünften 43,20 Mk., in der sechsten 52,20 Mk., in der siebenten 68,40 Mk., in der achten 80,40 Mk. und in der neunten Klasse 98,40 Mk. Entgegen der Erhöhung der Beiträge soll auch das Aufgeld erhöht werden. Zunächst wird ein für alle Klassen gleiches Grundbetrag von 360 Mk. jährlich festgelegt, dazu dann die Steigerungslätze treten. Der

Steigerungslatz beträgt für jeden entrichteten vollen Monatsbeitrag in der ersten Klasse 1,50 Mk., der zweiten 3,00 Mk., der dritten 4 Mk., der vierten 6 Mk., der fünften 8,00 Mk., der sechsten 10 Mk., der siebenten 12 Mk. und der achten und neunten 15 Mk. Bei Kindern unter 18 Jahren erhöht sich das Aufgeld für das erste Kind jährlich um 82 Hundertstel, für das zweite um 24 Hundertstel und für jedes weitere Kind um jährlich 16 Hundertstel des Grundbetrages.

Die Frau als Richter.

Die Deutschnationalen wollen sie zum Schmutz und Dreck der Gerichtssäle fernhalten.

Ende des vorigen Jahres beschloß die preussische Landesversammlung mit den Stimmen der sozialistischen Parteien, des Zentrums und der Demokraten, die damals noch die Mehrheit hatten, daß die Frauen in gleicher Weise wie die Männer zu den juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst zugelassen werden sollten. Vergeblich machten Zentrum und Rechtsparteien allerlei Bedenken geltend, die ihre Ablehnung gegen die Gleichberechtigung der Frau in der Rechtspflege verbergen sollten. Das preussische Justizministerium ist dem Beschlusse der Landesversammlung nachgegeben, und die weiblichen Rechtskandidatinnen können jetzt nicht nur ihre Referendariatsarbeiten machen, sondern auch die dreijährige Ausbildungszeit als Referendarin auf sich nehmen und dann in das Advokatenamt steigen. Die Zulassung der Frauen zum Anwaltsberuf und zur Richterbarkeit die durch die Reichsgesetzgebung erfolgen muß, kann danach nur eine Frage der Zeit sein.

Im Hauptauschuß des preussischen Landtages wurde am Mittwoch anlässlich der Beratung des Justizgesetzes diese Zulassung der Frauen zur vollen juristischen Betätigung erneut umfämpft. Der preussische Richterverein und der deutsche Richtertag haben fast einstimmig gegen die Zulassung der Frauen in ihren Bereich protestiert. Selbstverständlich nicht etwa aus Eigennutz und Konkurrenzjagd, sondern lediglich aus der laichlichen Interesse an einer möglichst einwandfreien Rechtspflege! Benichtigten verstehen das auch die Richter, die dem Parlament angehören.

Für sie war am Mittwoch der Deutschnationale Dr. Deereberg der Wortführer. Im Gegenatz zu einer Zulassung der Frauen zum Richteramt, wozu die Frauen zum Richter ungeeignet sein sollten, weil sie zu milde wären, während die Zulassung Zeit eiferne Strenge gegen die unsterklichsten Elemente erfordere, behauptete Dr. Deereberg, die Frauen würden gegen Frauen zu hart und gegen Männer die zu milde urteilen. Ob gegen alle Männer oder nur gegen die jungen hübschen unverschämten, darüber ließ sich der Deutschnationale Redner nicht aus. Jedemfalls beschwor er das Parlament die Frauen von dem Schmutz und Dreck unierer Gerichtssäle fernzuhalten. Es ist gut, daß ein Deutschnationaler dieses Wort über unsere Gerichtssäle gesprochen hat, denn hätte es ein Sozialdemokrat getan, wäre gemäß der preussische Richterverein alsbald mit einem feierlichen Protest auf dem Platze erschienen. Auf die verhöflichen Vintsparteiern hat dieser Appell jedenfalls keinen Eindruck gemacht, weil sie sich noch zu genau der Zeit erinnern, da die Reichsparteien behaupteten, die Frau müsse von dem Dant und Schmutz der Politik ferngehalten werden.

Der Volksparteier Dr. Gumbel schloß sich natürlich seinem Kollegen Deereberg freudig an. Wenigstens sollte das Parlament den Frauen keine Pflicht daraus machen, das Amt als Schöffen oder Geschworene anzunehmen, denn die Zusammenarbeit von Männern und Frauen könne in vielen Prozessen zu den unerwünschtesten Verhältnissen führen. Woraus man erriet, daß Männer und Frauen zwar zusammen in der Anatomie Leichen sezieren können, das aber um der Sittlichkeit Willen in den Eheheiratsprozeß zwischen Herrn Müller und Frau Müller nur Männer entscheiden dürfen.

Den Rechtsparteilern, die nicht persönlich interessierte Juristen sind, war die Debatte sichtlich unangenehm. Sie liebten es um der weiblichen Wählerstimmen Willen nicht, ihre Feindschaft gegen die Frauenrechte allzumehr zu zeigen. Aber gerade deshalb sollte die breiteste Öffentlichkeit von dieser Debatte erfahren.

Den Rechtsparteilern, die nicht persönlich interessierte Juristen sind, war die Debatte sichtlich unangenehm. Sie liebten es um der weiblichen Wählerstimmen Willen nicht, ihre Feindschaft gegen die Frauenrechte allzumehr zu zeigen. Aber gerade deshalb sollte die breiteste Öffentlichkeit von dieser Debatte erfahren.

„König Robie.“

Roman von Upton Sinclair.

58. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Im gegenüber sah Genevieve Hallen, groß, gerad, hässlich. Sie gemahnte an die schändliche Juno, man erwartete von ihr erhabene Gefühle; kammte man sie jedoch, so entdeckte man, daß ihr Geiste träge und bloß mit sich selbst beschäftigt war. Neben ihr Bob Weston, frisch rasiert, voll, Gesundheit ausströmend; — er war, was man einen jungen Kerl nennt, erfüllt von dem gesunden Ehrgeiz für seinen Athletenklub Preise zu gewinnen und einer der besten Schützen der Staatsmiliz zu sein. Dieser lustige Bob hätte wohl in seinem guten Verze das rechte Wort gefunden, doch war er in Bereds Gouffine Betty Gunnison verblübt, die ihm am Tisch gegenüber saß; — und Hal hatte wohl bemerkt, wie ihre schwarzen Augen funkelten, die kleinen Hände sich ballten, sie die Lippen aufzumenreißte, daß sie wech wurden. Hal verstand Bereds Natur — sie war eine der Harrigan, die daran arbeiteten, die Kinder des Bauierers zu führen der „jüngeren Schntausend“ zu machen.

Neben ihr saß Bibie Cox, deren Gepräch stets von Pferden, Hunden und anderen unmaßstäblichen Dingen handelte, Hal hatte einst in ihrer Gegenwart von sozialen Themen gesprochen; ihre Ansichten waren in einem eigenen labiaren Satz dargelegt worden: „Wenn ein Mensch mit dem Wesset ist, so beachte ich ihn als meinen persönlichen Feind.“

Lieber Bibies Schalter lugte ein Gesicht mit wasserigen Augen und gelbem Schmutzbar; — Bert Atkins, jählich und weiträuber, den die Zeitungen einen Klumman nannten und von dem Hals Bruder als „Hauslage“ sprach. Dann waren noch Dick Overton, gleich Hal, ein Weibling der Damen, weiter aber auch nicht, Billy Harris, der Sohn eines anderen Kohlenmagazins, seine Schwester Dolly und Blanche Bagelman, deren Vater des alten Peters erster Advokat, deren Mutter Gemeinderat und Herausgeber des „Bedroer“, „Eren“ war. So irren, das Augen von Bereds in Gesicht, sein Geistes von Bereds in die Verwirrtheit. Ihm war, als entfallte sich vor ihm eine Fülle, das Panorama einer halb vergessenen Welt. Zum Nachdenken blieb ihm keine Zeit, nur ein einziger, rascher, überdäulender Eindruck erhob sich in ihm er hatte einst in dieser Welt gelebt, sie als selbstverständlich empfunden. Er hatte diese Deute gemacht, mit ihnen bezeugt, sie waren ihm freundschaftlich, gefällig, im ganzen genommen als gutartige Menschen erschienen. Doch nun —

welche Veränderung! Sie deuteten ihm gar nicht mehr freundlich; das die Veränderung an ihnen, oder war Hal bloß jählich geworden, daß er sie in diesem neuen, scheinbar nicht erhellte, fast unberührt, den Sterbenden dort oben gegenüber so gleichgültig wie die Sterne!

Dals Augen kamen zu Bereds Gesicht zurück und er saß, daß des Kohlenbühne Sohn blieb der Wit war.

„Ich verheirathe dir, Hal, daß das Ganze keinen Sinn hat. Ich habe nicht vor, mich darüber zwingen zu lassen.

Und plötzlich wandte sich Bereds an den Verghauptmann:

„Gottan, was ist Ihre Ansicht?“ Ist Herr Warners Beurteilung der Lage eine richtige?“

„Du weißt doch, was der Mann sagen wird, Bereds,“ warf Hal ein.

„Ich weiß es nicht,“ lautete die Antwort, „und wünsche es zu wissen, nun, Gottan?“

„Er irrt sich, Herr Harrigan.“ Des Verghauptmanns Stimme lang schär und trotzig.

„Amüßend.“

„Die Gesellschaft tut alles, um den Schatz öffnen zu können, hat dies von Anfang an getan.“

„Es! Triumpht hätte aus Bereds Stimme. „Und was ist der Grund der Verheirathung?“

„Der Häcker war verheiratet; wir mußten einen neuen beschaffen. Dieser muß aufgebracht werden, das erfordert Zeit.“

Bereds wandte sich Hal zu: „Siehst du, es gibt zwei Ansichten über die Sache.“

„Natürlich!“ rief Betty Gunnison, ihre schwarzen Augen funkelten Hal zornig an; sie wollte noch etwas hinzufügen. Hal jedoch unterbrach sie. Er trat dicht an seinen Birt heran.

„Bereds,“ sagte er leise, „komm bitte beiseite. Ich muß mit dir allein ein Paar Worte sprechen.“

Es lag etwas wie verborgene Drohung in Dals Stimme; er blickte nach dem entfernteren Ende des Waggons, wo sich bloß zwei Regier-Sellner befanden. Diese zogen sich eilends zurück, als die beiden jungen Männer erschienen und so schied sich Hal an, den Kampf allein mit des Kohlenbühne Sohn auszufechten.

Hal kannte Bereds Harrigan, ein Student den anderen zu kennen pflegt; er war nicht brutal, wie sein grimmiger, alter Vater, war bloß eine Geneseneratur, wie einer, dem es niemals an etwas mangelte, schwach, wie einer, dem niemals einen lächerlichen Entschluß fassen mußte. Die Frauen der Familie hatten ihn so erzogen, damit er ein Mitglied der „guten Gesellschaft“ werde; dabei war ihm seine eigene

Wichtigkeit immer wieder klar gemacht worden. Im Leben des Harrigan war es eine peinliche Erinnerung, die an den Bauierers, und Hal mußte, daß es Bereds Verbrechen war, als er, früher, freigelegter Kritiker zu gelten. Diese Kenntnis benötigte Hal bei seinem Angriff.

Er begann den anderen durch Anschuldigungen verächtlich zu stimmen; niemals habe es in seinen Plänen gelegen, eine derartige Szene zu machen, bloß die Bravos hätten ihn, indem sie sein Leben gefährdeten, dazu gezwungen. Es ist eine rechtliche Sache, wenn man so in der Nacht verfolgt und wenn auf einen geschossen wird. Er hätte tatsächlich seine Nerven verloren, sowie die wenigen guten Manieren, die er sich als Vollhausergehilfe noch erhalten hatte. Er sähe vollkommen ein, daß er sich lächerlich gemacht, wisse, wie er auf alle gerührt haben müsse.

Dabei bildete Hal auf seine schmuggigen Bergmannsleiter und dann auf Bereds. Er bemerkte, daß der junge Harrigan soweit mit ihm übereinstimme — gewiß hätte er sich lächerlich gemacht und Bereds obenbrein. Bestenfalls bewaure Hal sich, es sei eine verurteilte Gefährliche, nur aber wäre es zu spät, etwas daran zu ändern. Nun sei die Sache offensichtlich geworden, nicht mehr zu unterdrücken. Hal könnte noch seinen Weibchen-Freund den Mund verheirathen, Bereds das Gehele bei den Sellern, dem Kondukteur, dem Verghauptmann und seinen Trabanten tun — doch wäre es unmöglich, bei seinen Bekannten daselbe zu erreichen. Die würden eine Sache lang über nichts anderes sprechen. In einem Tag würde die Geschichte in Western City herumgetragen sein — diese erkannte, melodramatische, spannende Geschichte vom Vollhausergehilfen im Privatitz des Kohlenbühne Sohn!

„Du mußt einsehen, Bereds, daß die Sache an dir kleben bleiben wird, nach deinem jetzigen Verhalten wird man dich dein ganzes Leben lang beurteilen!“

„Ich will's wagen, es mit der Kritik meiner Freunde aufzunehmen,“ entgegnete Bereds, mit einem Versuch, den Harriganischen Ton anzuschlagen.

„Noch kannst du die Sache wenden, wie du willst,“ fuhr Hal unerschütterlich fort. „Die Welt wird sagen: er hat sich für die Dollars entschieden. Bereds, gewiß benötigst deine Familie das Geld nicht? Du hast allein auf diesem Ausflug eine größere Summe ausgegeben!“

(Fortsetzung folgt.)

Man führe daher nur mit echten Brauns'oben Stoffen. und fordere die lahrliche Graldröschüre No. 2 von Wilhelm Brauns, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Quedlinburg a

Der Dritte Kriegesbewußtseinsprozeß. Belgische Kinder als Zeugen.

Als erster Zeuge in dem Prozeß gegen Kambodscha wird der vierzehnjährige Schüler **Paulus** aus Doreboles vernommen, der angibt, daß er nachts zwei Mütter aus dem Bett geholt und gefesselt ins Gefängnis gebracht worden sei, wo er vom 6. Dezember 1917 bis 20. Februar 1918 verbleiben mußte. Er hat früher ausgelegt, daß er vom Angeklagten bei der Vernehmung geschlagen worden sei. An der Verhandlung sagt er aus, niemals von irgend jemand geschlagen worden zu sein. Als er darauf vom Präsidenten aufgefordert wird, die Wahrheit zu sagen, gibt er an, später sei er doch geschlagen worden und zwar mit einem Riemen. Der Präsident ermahnt den Zeugen energisch, die Wahrheit zu sagen. Trotz dieser Vorhaltung bleibt der Zeuge in seinen Aussagen unklar. Der Angeklagte soll gegen ihn gut gewesen sein, dann aber soll er ihn wieder geschlagen haben.

Der gleichaltrige Schüler **Geoffroy Spietels**, der ebenfalls festgenommen war, will auf dem Wege von Doreboles nach Gexarabergern mit einem **Lebeder** in einem Gefängnis worden sein. Der Zeuge gibt weiter an, bei einer Vernehmung sei ihm der Kopf in eine auf dem Boden stehende Wasserschüssel gesteckt worden.

Der Präsident erklärt es für unmöglich, daß man den Kopf eines lebenden Menschen in eine auf dem Erdboden stehende Wasserschüssel stecken könne. Der Zeuge ist auch nicht in der Lage, dies dem Gerichtshof vorzumachen. Bei mehreren nachfolgenden Vernehmungen will er von dem Angeklagten geschlagen worden sein.

Es werden dann noch eine Anzahl der damals verhafteten Kinder als Zeugen vernommen; die meisten von ihnen können noch nicht verredigt werden. Sie sind auf Grund ihrer Geständnisse

vom Deutschen Kriegsgericht in Gent zu langen Gefängnisstrafen verurteilt

worden, stellen aber die Geständnisse als durch Mißhandlungen Kambodhs erzwungen hin. Vor dem Kriegsgericht hätten sie diese Geständnisse wiederholt, weil sie sich vor weiteren Mißhandlungen fürchteten; hier vor dem Reichsgericht hätten sie nichts zu fürchten. Manche delatante Aussagen bleiben trotz aller Vorhaltungen unklar. Ein Junge behauptet, bei der Vernehmung habe ihn ein Hund aus einem Schrank angegriffen. Kambodha sagt, weder er, noch sonst jemand habe damals einen Hund gehabt. **Lebeder** ist der Ansicht: Das scheint der Zeuge geträumt zu haben. Der Angeklagte **Lebeder** entfähndet, sich solcher Straftaten schuldig gemacht zu haben. Wenn die Haft der Kinder monatelang gedauert habe, so könne er nichts dafür, denn nach Abwendung seiner Berichte an die vorgelegte Behörde in Gent habe diese das Verfügungsrecht über die Häftlinge gehabt.

Vorgefesselt und Kameraden des Angeklagten stellen ihn das beste Zeugnis aus und bekunden, von Belshwerden nichts gehört, von Unregelmäßigkeiten, ungenügender Nahrung und schlechter Unterbringung im Gefängnis auch nichts gesehen zu haben. Die Mütter eines der Kinder behauptet, auf ihrer Hauszettel seien sämtliche Einwohner mit ihrem Alter angegeben gewesen, so daß Kambodha hätte wissen können, daß ihr Junge noch nicht im strafmündigen Alter gewesen sei. Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Können die Arbeiter noch mehr Steuern ertragen?

Im neuesten Heft der „Stimme“ untersucht **Bohrus** die Lage des deutschen Proletariats und kommt dabei u. a. zu folgenden Feststellungen:

Während des Krieges haben wir so gut wie gar keine Rohstoffe der Textilindustrie eingebracht. Wie es jetzt damit bestellt ist, zeigt folgende Tabelle:

	1913	1920
Baumwolle und Abfälle	343 809	91 458
Flachs	69 811	824
Jute	42 191	11 517
Wolle	113 816	30 874
Rohwolle	100 117	38 141
Rohseide	3 180	678

Diese Zahlen sprechen für sich. Eine Textilfabrik gibt es mehr Kleider noch Röcke. Schon bemerkt man in den ärmsten Stadtteilen Leuten, die kein Hemd unter dem Rock haben, eine Erscheinung, die Deutschland ganz fremd war. Mit Steuern kann man den nackten Leib nicht zudecken.

Die Verminderung der Bautätigkeit und der Produktion in der Textilindustrie bedeutet aber nicht nur einen steigenden Bedarf an Wohnungen und Kleidung, sie bedeutet zugleich Arbeitslosigkeit in diesen Industriezweigen wie in den anderen, die mit

ihnen zusammenhängen. Vom 1. März 1920 bis zum 1. März 1921 hatten wir regelmäßig 300 000 bis über 400 000 Arbeitslose mit ungelohrten ebenbürtigen Familienangehörigen zu unterhalten. Das heißt monatlich 100 bis 150 Millionen Mark. Das ist aber das Maß der Arbeitslosigkeit noch lange nicht ausreichend an. Denn in der Bauindustrie befehlen wir uns mit einer Verminderung der Arbeit.

Unsere industrielle Tätigkeit, unsere gesamte Volkswirtschaft ist zurückgegangen und wir produzieren in uneingeschränkter Weise nur noch Panik und Hunger.

Wir sind belanntlich schon in Fortzugszeiten mit unserer landwirtschaftlichen Produktion nicht auskommen. Wir hatten im Jahre 1913 eine Mehreinfuhr von Körnerfrüchten im Betrage von 15 Millionen Tonnen. Nun hat sich im vorigen auch noch unser Getreideverbrauch vermehrt. Wir hatten 1918 gegenüber 1913 einen Mehreinsatz an Roggen von 4,1 Millionen Tonnen, an Weizen 1,9 Millionen, an Hafer 4,3 Millionen, an Gerste 1,5 Millionen Tonnen. Unser alter Mehreinsatz war also über 16 Millionen Tonnen, während wir aus dem Auslande noch nicht aus einer Million Tonnen Körnerfrüchte eingeführt haben!

Nach dem Bericht der Sachverständigen, den unsere Regierung in London vorgelegt hat, hat sich unter Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung wie folgt verändert:

Meißel	52 kg	etwa 20 kg
Mehl	125 "	88 "
Verbrauchsmittel	19,2 "	14,1 "
Baumwolle	7,2 "	2,3 "
Wolle	2,2 "	1,0 "
Seidenstoffe	2370 "	1770 "
Eisen	253 "	100 "

Die Tabelle zeigt deutlich genug das Elend unserer sozialen Lage. Aus den Mitteilungen unserer Regierung in Brüssel ergibt sich ferner, daß unter Verbrauch an Kaffee pro Kopf der Bevölkerung von 2,5 auf 0,7 kg zurückgegangen ist, der Zigarettenverbrauch von 120 auf 66 Stk., der Petroleumverbrauch von 12 auf 2 Liter und der Alkoholismus von 6,8 auf 1,4 Liter.

Das Elend ist so groß, daß es in einer erhöhten Sterblichkeitsziffer zum Ausdruck kommt.

Es starben in Preußen pro 1000 Einwohner im Jahre 1913 14,9, dagegen 1919 15,77, 1920 (erste drei Quartale) 15,76.

Neben der erhöhten Sterblichkeit haben wir eine vermehrte Geburtenziffer zu verzeichnen. Die Geburtenzahl liegt zwar als Folge der erhöhten Heiratstendenzen in der zweiten Hälfte 1919 rasch an, fällt aber lebhaft wieder.

Zahl der Geborenen in Preußen pro 1000 Einwohner 1913: 29,03; 1919, 1. Quartal: 15,24; 2. Quartal: 14,97; 3. Quartal: 22,69; 4. Quartal: 30,69; 1920, 1. Quartal: 29,07; 2. Quartal: 28,74; 3. Quartal: 25,82.

Das unter diesen Umständen auch das Wachstum der jungen Generation gefährdet wird, daß sie in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung leiden muß, tut, daß eine Verarmung und Entartung der Nation stattfindet, ist kaum mehr zu bezweifeln. **Robin** soll das führen, wenn wir da noch mit neuen Steuern einreichen, die Einkommen schmälern und die Verbrauchsartikel verteuern! Es kann uns nichts helfen, außer der Steigerung der Produktion. Und nur so können wir unsere Zahlungsverpflichtungen dem Auslande gegenüber nachkommen.

Die Wohnarten.

Eine Anfrage der **SPD-Reichstagsabgeordneten**.

Die Rückwärtsentwicklung, mit der die Reichseisenbahnverwaltung über die berechtigten Wünsche der arbeitenden Bevölkerung hinweggegangen ist, die die Bevölkerung in bezug auf Festlegung eines gerechten, die wahren wirtschaftlichen Verhältnisse der unteren Klassen berücksichtigenden Preises für Wohnarten geduldet hat, hat in diesen Kreisen Empörung hervorgerufen. Deshalb ist von den Genossen **Reil, Schumann, Ged., Mannheim, Weg, Müller, Franke** und **Silberbrand** unter dem 4. Juni folgende Anfrage an den Reichstag ergangen:

Die trotz vielfachen Einpruchs am 1. Juni in Kraft getretenen Preise der **allgemeinen Wohnarten** der Reichseisenbahnen erweisen sich für den **Verkehr der Arbeiter und Angestellten** in zivilen Wohnungen und **Arbeitsstätten** einfach als unerschwinglich. Eine Möglichkeit, die großen Fahrpreiserhöhungen durch Lohn- und Gehaltsverhöhungen auszugleichen, ist bei den derzeitigen Wirtschaftsverhältnissen nicht gegeben. Die allgemeine Wohnungsnot gestattet keinen die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsstätte abtönenden Wohnungswechsel. Der Versuch, eine Erhöhung der Fahrpreise bis zu 350 Proz. durch eine weitere Herabdrückung der Lebenshaltung zu decken, müßte in zahllosen Familien ruinierend wirken. Eine schleunige Nachprüfung der neuen Tarife zu dem Zweck, für den berufstätigen Arbeiter und Angestellten Sätze zu finden, die wirtschaftlich erträglich sind, ist daher dringend geboten.

Wir bitten die Reichsregierung, ob sie bereit ist, mit der größtmöglichen Beschleunigung eine solche Nachprüfung zu veranlassen.

Die elende Bezahlung des Lehrerstandes erhält sehr drastisch nachstehender Sifferntafel an die Genossen und Genossinnen, der von einem Lehrer der Chemnitzer „Volkstimme“ mit der Bitte um Wabrück zugeht und dem auch wir Aufnahme gewähren, weil man sich in weiten Kreisen von der wirtschaftlichen Bezahlung der Lehrer unserer Kinder noch ganz falsche Vorstellungen macht.

„Ich bin Lehrer in einem Orte mit rund 10 000 Einwohnern, lebe im 29. Lebensjahre, verheiratet, 1 Kind. Am 1. Juni wurde mir vom Gehaltsamt der pompoje Gehalt von 817 Mark überwiesen. Davon sollen drei Personen satt werden nach Abzug von folgenden Posten: Miete 25 M., Licht 12 M., Milch fürs Kind 84 M. (ein Liter täglich 2,80 M.), Spiritus zur Milch (nachts) 12 M., Steuern für Berufsvertretung 28 M., Heizung 40 M., Summa 201 M.; von den bleibenden 616 M. müssen die Lebensmittel bezahlt, Schuhe ausgebeßert, Vereins-, Parteisteuern und Zeitung bezahlt werden. Kaßhahn 200 Mark kommt bei dieser Rechnung ein großes Minus heraus.

Die Zeit fordert für die Schule neue Wege und neue Methoden. Zu deren Erleichterung sind Bücher nötig. Wie soll man Bücher kaufen, wenn das Geld im Haushalt verbraucht werden muß. Da hilft auch der pfläussliche Trostspruch nicht: „Bete und arbeite“, denn dem Himmel ist noch kein Geld gefallen. Es heißt kämpfen und unseren Genossen und Genossinnen zeigen, was in Gefahr ist: die Schule, die Kinder, die Jugend, unser Volk, die Zukunft!

Soll innerhalb des Proletariats noch ein zweites entstehen, das noch elender lebt? Wisser habe ich mich geschämt, über meine — über unsere — Not zu sprechen. Aber mit der Zeit vergeht auch diese Scham. Wie haben in dieser Beziehung vor unseren Genossen nicht zu verbergen. Aber wir müssen unsere Not hinausdrücken! Genossen und Genossinnen, unterstützt uns im Kampf um unser Brot, um die Schule eurer Kinder!“

Wie wollen Verbrecher sein!

Die **APD** läßt solchen eine Brochüre erscheinen. Der Weg des **Dr. Voh**, der Weg der **APD**, in der sie klipp und klar nachweist, daß der Kampf in der **APD** bloßes Spiegelspiel ist, da diese Partei samt und sonders aus verpörrten Leuten, Opportunisten und sonstigen Raßschlappen bestünde, **Jörich** und **Schneidig** ist allein die **APD**, sie werde die schlappe Dritte Internationale auch schon wieder aufpumpen und das Proletariat — durch Betriebsbelegung und bewaffneten Zustand — zum Siegre führen. Voraussetzung ist aber, daß die **APD** verschwinde, ohne das gäbe es keinen Fortschritt der Revolution.

Mit unzeitweiligem Humor ruft die Brochüre aus: Die **APD** und ihre Anhänger werden von der gesamten bürgerlichen Presse mit Einfluß des „Vorwärts“ und „Freiheit“ als Verbrecher gebrandmarkt. Wohlja, unsere Genossen! wollen Verbrecher sein, Verbrecher an der bürgerlichen Ordnung.

Die **APD** bekämpft sich also trotz zu dem Programm: **Den Rinaldo Rinaldi, Schambermann, Orlandini** und besonders **Carlo Moor** **Nahm** ich mir als Muster vor.

Notizen.

Die Kosten der Konferenz von **Spa**. Im belästigen allgem. Kosten der Konferenz von 191 000 Franc dort, wozu die Kosten der Konferenz des Gen. nicht zu verbergen. Vertreter die Gasse der belgischen Regierung gewesen sind. Auf der Konferenz wurden allein für 15 000 Franc Zigaretten geraucht. — Na, die Verschwendung unserer Raucher wird diese Kosten schon decken!

Einbrecher bei der installierten Kontrollkommission in **Berlin**. Von Einbrechern beigelegt wurde in der Zeit vom Sonntag zum Montag das oben erwähnte Hotel der installierten Kontrollkommission in 5. Stock des Hotels Bellevue. Die Diebe erbeuteten für über 100 000 Mark photographische Artikel, Objektivs von **Lejar** und **Zeiss** mit Verhältn., **Cellar** und **Laconaparate** usw. Der Kriminalpolizei ist es noch nicht gelungen, die Täter oder den Verbleib ihrer Beute zu ermitteln.

Kabel und Eisenwerk nicht in **Deutschland**. Der Staatstomoffar für öffentliche Wohnung stellt mit, daß die von einigen Zeitungen getriebene Nachricht, wonach sich **Kabel** und **Eisenwerk** in **Deutschland** aufhalten sollen, nicht zutrifft. Damit haben die deutschnationalen Desolitäten artlich eins auf den Hut bekommen.

Die teuren deutschen Volkshäuser. Da die Preise für die von **Deutschland** an **Frankreich** zu liefernden Volkshäuser bedeutend höher sind als die französischen, bezog sich eine Sachverständigenkommission nach **Deutschland**, um durch Konstruktionsänderungen die Preise mit den französischen in Einklang zu bringen.

ür wenig Geld

kleiden Sie sich bei uns modern, elegant und der Jahreszeit entsprechend.

Sommerkleid	entzückende Machart, weiss und farbig	125 ⁰⁰	98 ⁵⁰	75 ⁰⁰	
Sommermantel	gute Verarbeit., schicke Formen	250 ⁰⁰	165 ⁰⁰	98 ⁰⁰	
Dirndl-Kleid	für junge Damen in reichhaltiger Ausmusterung	135 ⁰⁰	115 ⁰⁰	88 ⁰⁰	
Wasch-Kleiderstoffe					
Schweizer Voile	weiß, 115/118 cm breit Meter 23.50	15 ⁷⁵			
Bedruckter Voile	Streifen u. Tupfen, 115 cm br. Meter 19.75	13 ⁵⁰			
Zephyr	für Blusen u. Sportheimden Meter 14.50	12 ⁵⁰			
Wasch-Kleiderstoff	aparte Muster				10 ⁷⁵
Wasch-Musseline	in großer Ausmusterung				10 ⁸⁵
Dirndl-Stoff	in farbenfreudigen Mustern				12 ⁵⁰

Damen-Bekleidung

Blusen			
Weißer Voile-Bluse	teils mit Jabot, reich bestickt	99.00	42.00
Weißer Vollvoile-Bluse	hochelegant ausgeführt	115.00	89.00
Farbige Sommer-Bluse	schöne jugendliche Form	45.00	29.50

Geschäftshaus
J. LEWIN
Marktplatz 2 und 3.

Zuhause nach Oberhessen. Der Morina Post wird aus Anklam gemeldet, daß die Kommission des internationalen Gewerkschaftsverbandes, die sich nach Oberhessen begibt, um die oberhessische Frage von ihrer politischen Seite zu studieren, diese Woche abreisen wird. Zuhause wird an den Arbeiten dieser Kommission teilnehmen.

Waffe verurteilt. Das deutsch-englische Schiedsgericht fällte gestern das Urteil in dem Prozesse gegen die Ruffingwerke. Es führte aus, daß der Beklagte zu Unrecht gehandelt und daß die Kläger dadurch einen Schaden erlitten hätten. Das Gericht erkannte auf Zahlung des geschätzten Betrages nebst zuzüglichem Zins und Anwaltskosten.

6 Jahre Zuchthaus. Der Hauptbeteiligte an dem Eisenbahnattentat an der Steigerhänge in Gertshausen, wurde vom außerordentlichen Gericht in Gertshausen zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der kommunistische Stadtratsmitglied Reich erhielt vom außerordentlichen Gericht Nordhausen wegen schweren Auftrahs und Landfriedensbruchs eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren.

Nein, nein, er muß bleiben. Aus Paris wird gemeldet: Der „Antranhaant“ erklärt eine heute verbreitete Gerücht, General Le Monnier werde vom feinen Volk in Capeln abberufen werden, für unbegründet.

Wahlkreis in England. Bei der Eröffnung vom Parlament in Westminster am 11. Juni, wurde dem Kandidat der Arbeiterpartei G. H. Williams mit 13 400 Stimmen. Der Kandidat der Koalition liberalen erhielt 13 125 und der der Liberalen 671 Stimmen.

Aus aller Welt

Dömitz. (Explosion.) Aus bisher unbekannter Ursache erloscherte in der hiesigen Dynamitfabrik beim Ausschmelzen von Granat ein Arbeiter mit Granat. Ein Arbeiter wurde getötet, 3 schwer und 6 leicht verletzt.

Waldbrand. Bei Silbode entstand ein Waldbrand, der etwa 75 Morgen vernichtete und einen Schaden von über einer Million anrichtete.

Darmstadt. Todesurteil. Das Schwurgericht verurteilte gestern den wegen Raubmordes angeklagten Schuhmacher Richard Schmidt aus Wiesorb, der am 28. Februar d. J. in Weiskirchen a. M. den 17-jährigen Tochter des Mühlenehlers Hartmann erschloß, die Wohnung auszuräubern und sich gegen die Verfolger mit

dem Revolver zur Wehr setzte, zum Tode und zu 15 Jahren Zuchthaus.

Wien. Eine arädlige Tat. Den Blättern zufolge wurde in Kremier der Goldarbeiter H. H. beharrt, der vor einigen Tagen durch das Saunen eines Drablickes über die Chaussee bei Gaden einen Autounfall herbeiführte, wodurch eine Person getötet wurde. H. H. führt an, die Tat aus Rache verübt zu haben.

Paris. Große Brände in Paris. Die Morgenblätter berichten von großen Bränden in den Vorstädten Vincennes und Norddeuil. „Lecho de Paris“ spricht von Schäden von etwa zehn Millionen, abgebrannten Fabriken und Lagern.

New York. Schiffsunglück. Beim Marinearsenal in Boston ist ein drablichses Silberes Dampfes eingegangen. Der in dem Atlantischen Ozean mit Eisbergen zusammenstoßen ist. Man glaubt, daß es sich um den englischen Dampfer „Scapool“ (4502 Tonnen) handelt.

Bermischtes.

Der Mann im Koffer. Eine Einbrechergeschichte, wert, jedem Weisblatt zur Sierde zu gerichten, wurde vor der Strafkammer des Landgerichts II Berlin verhandelt. Dort hatten sich die beiden Brüder, Artillerie Max und Paul Arndt, unter der Anklage des verübten schweren Diebstahls und der Urkundenfälschung zu verantworten. Nach ihrem Geländnis hatten sich beide einen artigen Plan ausgedacht. Danach sollte sich Max, mit Einbrechewerkzeug und einigen Nahrungsmittein ausgerüstet, in einen Koffer einschließen lassen, den sein Bruder Paul als Stückgut nach Spandau aufziehen und dabei sich selbst unter falschem Namen als Emigranten bezeichnen sollte. Auf dem Wege von der Vorstadt nach Spandau sollte Max im Güterwagen den Koffer von innen öffnen, andere dort vorhandene Koffer erbrechen und ihres Inhaltes berauben und dann, wenn die Beute in den eigenen Koffer verpackt wäre, auf einer Zwischenstation unbemerkt den Koffer verlassen. Der Plan, der sehr raffiniert ausgedacht war, scheiterte aber schließlich daran, daß der Mann den Koffer vom Güterwagen nicht öffnen vermochte und deshalb heimlich durch den Güterwagen auszuweichen. Die Angeklagten hatten nämlich übersehen, den Koffer als Güter aufzugeben, so hatte Max Arndt das Verhängnis, vom Wirtswich bei Sonnabend in seinem Gefängnis auszuweichen und förperliche Torturen auszuhalten. Aus dem in der Güterkammer in Spandau liegenden Gefäßstück drang ein jo

penetranter Geruch heraus, daß die Beamten darauf aufmerksam wurden und den Koffer öffneten. Da fanden sie denn den Angeklagten Max in einer schrecklichen Verfassung vor: Der Innenraum des Koffers war vollständig befeuchtet, und der Angeklagte in einem elenden körperlichen Zustande. Die beiden Brüder ließen sich abhandeln habe und sie von den Polizeibeamten zu ihrem falschen Geländnis gezwungen worden seien. Weiteres wurde völlig widerlegt und auch die Behauptung von dem Prozeßritand kein Gericht seinen Glauben. Das Gericht war der Meinung, daß die Geheimhaltung gegen denartige raffinierte Taten nachdrücklich gelöst werden müsse und verurteilte Max Arndt wegen verübten schweren Diebstahls um Betrages und intellektueller Urkundenfälschung zu 1 Jahr 1 Woche, Paul Arndt dagegen wegen gleichzeitiger schwerer Urkundenfälschung zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis.

Sobensollern gegen Sobensollern. Ein Familienwirrwahl des Hauses Sobensollern beschäftigt das Potsdamer Landgericht. Hier schwebt seit ein Zivilprozeß, den die frühere Prinzessin Ludivia von Preußen, geborene Prinzessin von Anhalt, gegen den Prinzen Eitel Friedrich mit dem Antrag auf Herausgabe ihres Sohnes, des Prinzen Karl Franz Sobel, anrechnet hat. Die Kägerin hat sich vor zwei Jahren von ihrem Gatten, der im Sommer vorigen Jahres durch Selbsttötung geendet hat, getrennt. Als der Verzicht, die ehelichen Verhältnisse zu revidieren, scheiterte, ließ sie ihren Sohn bei ihrem Gatten. Nach dessen Tode nahm sich Prinz Eitel Friedrich seines Sohnes an. Er verweigerte nach dem Tode seines Bruders die Herausgabe des kleinen Prinzen mit der Begründung, daß die Mutter schon vor dem Tode ihres Gatten ihn und ihr Kind verlassen habe. Wegen weiterer Weisereibehaltung wurde der Prozeß vertagt.

Wetterbericht. Sonnabend, den 11. Juni: Heißig warm, wechselnde Bewölkung, frühweiche Gewitterregen. Sonntag, den 12. Juni: Heißig warm, abwechselnd heiter und wolfig, Gewitter-Regenschauer, nachher etwas kühl.

Veranstaltungen. Für Volkhilf, Fortschrittsvereine, Gewerkschaftliches Pauli Komitee; für Familien ohne Härte für Halle-Exaktisten u. Frauen und den übrigen rechtsintelligen Teil Karl Garbe; für die Kaiserin Wilhelmine Herzogin; sämtliche in Halle. Druck und Vertrieb der Volksstimme O. m. B. in Halle. Halle, den 11. Juni.

Genossen, verpflichtet nur bei der Volksfürsorge!

Walhalla-Theater.
Riesiger Erfolg!
Gustav Bertram — Marga Peter
Letzte 3 Aufführungen!
Sonntag zum letzten Male:
„Der Affenbaron.“
Neu! Ab Montag: Neu!
„Der keusche Maharadscha.“
Sichern Sie sich rechtzeitig gute Plätze!
Tageskasse 10—1 und ab 6 Uhr.
Anfang 1/8 Uhr.

Nach wie vor kaufe
Rohprodukte aller Art
und zahle **höchste Preise.**
Wilhelmine Theuring,
Domplatz 9. Telephon 5659.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 11. Juni,
Anfang 7 1/2 u. 9 Uhr:
Ariadne auf Naxos
Oper v. Richard Strauss.
Sonntag nachm.
Als ich noch im Flügelkleide.
Sonntagabend:
Tiefand.

Solbad Fürstental
Roberts Granjir. 10.
Stark rubinmalt. Coliquette,
echt Schmelzberger Moor-
und alle mehrtägigen über

Um auch denjenigen, welche mein Unternehmen noch nicht kennen sollten, eine Gelegenheit zu geben, für wenig Geld viel und gut einzukaufen, veranstalte ich einen
Reklame-Verkauf
zu volkstümlichen Sonderpreisen. Ich habe dazu enorme Mengen Waren erstklassiger Qualität eingekauft und bringe diese zu Preisen heraus, wo ein Verdienst für mich ausgeschlossen ist. Nur die schwere Zeit zu lindern, veranstalte ich diesen sensationellen Verkauf, beginnend am
Freitag, den 10. Juni
Nur einige Beispiele:
Bettbezüge weiß 135-125-100-85-75
Bettbezüge bunt 148-135-125-96-85
Handtücher Gerstenkorn 10.30 9.30 7.50
Handtücher weiß 1. 16-13-12-10
Damen-Hemden 36-32-28-25-21
Untertailen 18-15-13.50 12-10.50 8
Herren-Barchenthemden 52-48-42-36
Herren-Normal-Hemden 42-36-30-27
Erstlingshemden 7.50 6.50 5.50 5
Erstlingsjackchen 8.50 7.50 6.50 5.50 4.50
Damenstrümpfe schwarz 10.50 9.50 7.50 4.75
Damenstrümpfe braun, grau, weiß 15 10 6.50
Kinderstrümpfe schwarz, braun, weiß 12 5.50
und andere Waren.

Ein Theaterereignis!
Halle. Wintergarten Halle.
Morgen, Sonnabend, den 11. Juni
Einlass 7 Uhr. Anfang 8 Uhr
Einmaliger Gala-Abend
Alexander
Bellachini
mit seiner gesamten Gesellschaft.
Als Gast:
Detektiv-Gang-Ling-Foo.
Die Könige der Zauberer und Illusionisten. Das unglaubliche, was je der Kontinent gesehen. 90000 Personen besuchten innerhalb 2 Monaten in Berlin die A. Bellachini-Gesellschaft. Karten a 10, 8, 6, 4 Mk. und Steuer.
Alleiniger Vorverkauf: Theaterkasse Wintergarten ununterbrochen u. Zig-Geschäft Kurt Wala, vorm. Oswald Wiener, Poststr. 1.


Nach wie vor kaufe
„Glocken-Butter“
allerfeinste Tafelbutter
täglich frischer Eingang
Drei Glocken
G. m. b. H.

Bekanntmachung.
In der Nacht vom Donnerstag, den 2. Juni, zum Freitag, den 3. Juni etc., ist in unserer Fabrik ein **Einbruch verübt worden**, wobei folgende Waren gestohlen worden sind:
1. Rüte Kokoskuchen.
1. Rüte Bonbon (Schokoladen).
1. Rüte Bonbon (Apfelsinen u. Zitronen).
Wir legen eine **Belohnung von 500 Mark** aus, welche wir demjenigen Person zuweisen oder an diejenigen Personen verteilen, die uns nähere Angaben über den Verkauf dieser Güter machen können, so daß eine strafrechtliche Belohnung der Täter folgen kann.
Püpcke & Berner, Halle-Diemitz.

Reclams Universal-Bibliothek
Preis 1.50 pro Nr.
empfiehlt die
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Gelegenheitskaufhaus
Schmeerstr. 5, 1 Tr.
Verkaufszeit 8—1, 3—6 Uhr.

Zentral-Verband der Angestellten
Bezirk Halle a. S.
Sonnabend, den 11. Juni 1921
Dampferfahrt nach Buchitz.
Abfahrt pünktlich 5 1/2 Uhr ab Einmündigkeit
Unternehmen neben der Wegenerbrücke.
In der Uferlinie: Tanz und Unterhaltung.
Teilnehmerkarten sind im Verbandbüro, bei den Verbandsvereinen und am Dampfer zu haben.

Stellen finden.
Zeitungsausträger(in)
und Einzelverkäufer
für Merseburg sofort gesucht.
Zu melden bei Ernst Schlotte, Merseburg, Fichtenstraße 22.

Maurer
werden sofort eingestellt
Baugeschäft W. Bode,
Reilstraße 89.

Maurer
stellt sofort ein
Herm. Meise,
Merseburgerstr. 102 a.

Vermischtes
Veredelte Bawerwäsche
Marke Reinhardt
mit guter Stoffe
einlage.
Nette
Braun
12.00 Mk.
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2.

Verreist
bis 5. Juli
Dr. Walther,
Ohrenarzt.

Sport- und Oberhemden
Neuheiten in Krawatten, Socken u. Strümpfen, Hüte u. Mützen.
G. Liebermann,
Gelbst. 42.
Fennrl 1955.

Geschw. Hoos,
Große Burg-Weifenfels Große Burg-straße 5.
Wir empfehlen in großer Auswahl:
Fertige Stufen, Kinderkleider u. Kind-Strickhosen
Crepe de Chine, Colonne, Voile, glatt u. befeidit, Opal u. m.
Herren u. Damen-Weißwäsche, auf Wunsch Unterzeug,
Wäsche-Behandlung, Wäsche-Vertrieb, Gerant,
Wäsche-Vertrieb u. m.
Spezialität: Wäsche-Vertrieb.
Nur prima Qualitäten. Außer billige Preise

H. Wiebach, Schuhwaren engros,
Dr. Steinle 48, Ecke R. Wagnerstr.
Beste Besondere für Wiederverkäufer.
Für Haarer **Lederpantoffeln**, sehr ein
Vollen

la. Markisendrell
sehr preiswert
Adolf Wünsch,
Ludwig Wuchererstraße 1a.

Handtuchstoffe u. Bettücher
in Leinen, Halbseiden und Barchent, zu sehr günstigen Preisen neu eingetroffen.
Sally Biletzky, Halle,
Leipzigerstr. 103, 1.
Montag, den 13. 6., geschlossen.

